



An die Damen und Herren
Mitglieder des Nationalrates

Betreff: Änderung des Geldwäschereigesetzes (GwG) – Entwurf 12.065

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Nationalrates,

am 21. März 2013 werden Sie über die Änderung des Geldwäschereigesetzes (Entwurf 12.065) entscheiden. Es ist ausserordentlich wichtig, dass der Nationalrat diesen Entwurf ablehnt. Wir möchten Sie also bitten, den Vorschlag des Nationalrates Yves Nidegger zur Ablehnung des Entwurfs zu unterstützen, und zwar aus den folgenden Gründen:

Grund Nr. 1: DIE DROHUNGEN der FATF und der Egmont-Gruppe

Im Juli 2011 drohte die Egmont-Gruppe der MROS (Money Laundering Reporting Office-Switzerland / Schweizer Meldestelle für Geldwäscherei) mit Ausschluss, falls diese nicht binnen eines Jahres im Sinne einer „besseren Zusammenarbeit“ unsere Gesetzgebung ändert.

Chronologie der Ereignisse (Geschwindigkeit der Kapitulation):

Am 18. Januar 2012 legte die MROS einen Gesetzentwurf mit dem folgenden Inhalt vor:

1. *Einholung von Informationen bei den Finanzvermittlern*
2. *Informationsaustausch mit ausländischen Auskunftsstellen für Finanzdaten*
3. *Kooperationsvereinbarung mit ausländischen Amtskollegen*

Am 27. Juni 2012 genehmigte der Bundesrat die Mitteilung zur Änderung des GwG.

Anfang Juli 2012, d. h. unmittelbar vor dem Ablauf des ULTIMATUMS, überprüfte die MROS den Inhalt des Entwurfs des Bundesrates, um sich zu vergewissern, dass dieser ihren Anforderungen entspricht.

Am 11. Dezember 2012 stimmte der Ständerat dem Entwurf zu.

Am 21. März 2013 ist es an Ihnen als Mitglieder des Nationalrates, den Entwurf zu bestätigen.

Dieses Gesetz hat nichts mit Geldwäscherei oder Terrorismus zu tun, sondern bedeutet eine Treibjagd auf den normalen Bürger, die von einer internationalen Finanzlobby dirigiert wird, die ihre eigenen Regeln diktiert. Sich unter dem Vorwand für diesen Entwurf zu entscheiden, dass es keine Alternative gibt, ist absolut unverantwortlich. Es gibt immer eine Alternative, Nein zu sagen.

Dieser Entwurf muss abgelehnt werden, weil es nicht in Frage kommt, sich erpressen zu lassen. Wir müssen endlich aufhören, klein beizugeben!

Gleich anschliessend muss die Schweiz angesichts der eindeutig gegen sie gerichteten Drohungen den sofortigen Austritt der MROS aus der Egmont-Gruppe verkünden. Wenn das Parlament den Entwurf der Egmont-Gruppe nicht unterzeichnet, wird die MROS ohnehin ausgeschlossen. Wir würden uns dadurch die Schande ersparen, hinausgeworfen zu werden.

Darüber hinaus wäre es gut, die Rolle der MROS neu zu definieren und auf echte kriminelle Handlungen zu beschränken, die eine internationale Zusammenarbeit erfordern – auch auf die Gefahr hin, dass der Direktor der MROS im Bedarfsfall ausgetauscht werden muss.

Grund Nr. 2: DIE MANIPULATION, DEREN OPFER SIE SIND

Die Egmont-Gruppe hat in ihren Entwurf geschickt einige harmlos klingende Worte aufgenommen, deren Inhalt niemand so richtig versteht: „das Verbrechen, das der Geldwäscherei den Weg bereitet“. Dieser Entwurf gibt vor, Sie zu einer Intensivierung des Kampfs gegen den Terrorismus bewegen zu wollen, während er in Wahrheit darauf abzielt, den Austausch von Informationen über alle Bürger zu ermöglichen.

Wegen der Schwäche unseres Nationalrates ist es der FATF gelungen, die uns bekannten Grenzen zwischen Steuerflucht und Steuerhinterziehung zu verwischen. Sie hat diese Entwicklung ausserdem ihrerseits genutzt, um zu erklären, dass Steuerdelikte in Zukunft als „VERBRECHEN“ anzusehen sind, „DIE DER GELDWÄSCHEREI DEN WEG BEREITEN“. Auf diese Weise wird die einfache Steuerflucht mit dem Terrorismus in einen Topf geworfen.

Wenn Sie, verehrte Damen und Herren Mitglieder des Nationalrates, diesen Entwurf entgegen dem in unserer Verfassung garantierten Schutz der Privatsphäre genehmigen, ermächtigen Sie eine Schweizer Institution, die Namen von Personen weiterzugeben, die nichts mit organisierter Kriminalität zu tun haben. Und noch schlimmer: Sie geben dieser Institution die Mittel an die Hand, um bei den Finanzvermittlern nach dem Zufallsprinzip Informationen einzuholen, die sie über Personen nicht hat, die ihr noch nicht einmal bekannt sind.

Daraus ergibt sich ein doppeltes Problem, nämlich ein Angriff auf die Verfassung und die Sicherheit sowohl aller Kunden als auch der Finanzvermittler, die ebenfalls mit diesem Terrorismus infiziert sind!

Wir raten Ihnen, DIESEN ENTWURF mit grösstmöglicher Entschlossenheit und Einstimmigkeit ABZULEHNEN.

UNSERE AKTION für den 21. März 2013 hat drei Ziele:

1. Einstimmige Unterstützung für Yves Nidegger bei der Befürwortung seines VORSCHLAGS ZUR ABWEISUNG DES ENTWURFS
2. SOFORTIGER AUSTRITT AUS DER EGMONT-GRUPPE
3. BEGRENZUNG DER EINMISCHUNG DER MROS auf Informationen, die echte organisierte Kriminalität betreffen

Ob nun ein Verbrechen vorliegt oder nicht – der Begriff eines Verbrechens, das einem anderen Verbrechen den Weg bereitet, muss verschwinden. Das aktuelle Bundesgesetz über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung im Finanzsektor (GwG) ist völlig ausreichend, um sich den Problemen der Geldwäscherei zu stellen, und funktioniert seit seiner Einführung im Jahr 1997 einwandfrei.

Swissrespect, 19. März 2013